

**Bezugspreise:**  
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Kaufsumme 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, sechsmonatlich 42,00 Mark,  
jährlich 84,00 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, die telegraphisch 24,75 Mark,  
einmalige Anmeldegebühr. Be-  
stellungen werden an allen Kassen-  
stellen angenommen. Im  
amtlich, Zeitungsergebnis unter  
Ecole-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte sind keine Gewähr über-  
nommen. Hochdruck nur mit der  
Gutachtenabgabe, Ecole-Zeitung ge-  
halten. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1133,  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133,  
1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

# Zeitung

Fünfundanzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-  
meter breite oder deren Raum 60 Pf.,  
zwei Leinwandspalten 40 Pf., Restraum  
die 22 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich  
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort  
Halle. Erscheint täglich 2 mal,  
Sonntags und Feiertags 1 mal.  
Schreibweise und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-  
nade 1a, Dr. Draubausert, 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 52 und Markt 24,  
Dresdener-Str. Leipzig Nr. 4009.

Nr. 100.

Halle, Donnerstag, den 7. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Regierungsbildung in Preußen rückt nicht vom Ziel. Die Hoffnungen derer, die vor Etern glaubten, durch eine Verhinderung der Entscheidung bis nach den Ferien werde die Sache selbst gefördert werden, scheinen sich nicht zu erfüllen. Nach mühseligen Verhandlungen zwischen den Führern der Fraktionen und zwischen den Fraktionen selbst war am Mittwochabend die Sache noch um keinen Schritt weiter gefördert. Die Sozialdemokratie weigert sich nachdrücklich, mit der Volkspartei eine gemeinsame Regierung zu bilden, während das Zentrum auf dieser Erweiterung der Koalition nach rechts besteht.

Die Gründe, die von der Sozialdemokratie für ihre ablehnende Haltung immer wieder ins Feld geführt werden, sind letzten Endes taktischer Natur. Die Gewinnung der Unabhängigen Sozialdemokratie steht der Partei höher, als die Staatsoberhauptigkeit für eine tragfähige, den Ansprüchen der äußersten Rechten und der äußersten Linken völlig gewachsenen Regierung. Man verlangt immer wieder die Aufrechterhaltung der alten preussischen Koalitionsregierung, bestehend aus Mehrheitssozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Aber abgesehen davon, daß diese Koalition durch die letzten Wahlen starke Einbußen erlitten hat, kann ihre verminderte Tragfähigkeit nur noch kurzfristig sein, da mit der demnächst in Autonomie Oberschlesiens so viele Abgordnete ausweisen, daß keine Mehrheit bei den drei alten Regierungsparteien mehr vorhanden sein wird.

Die Deutsche Volkspartei legt großes Gewicht auf ihren Eintritt in die Regierung auch in Preußen. Wenn sie dieses Ziel nicht mit der Sozialdemokratie erreichen kann, so ist sie bereit, es auch ohne sie zu verwirklichen. Sie schlägt für diesen Fall die Bildung einer Minderheitsregierung im Preußen nach dem Vorbild der Minderheitsregierung im Reich vor; hier wird dort sollen also Volkspartei, Zentrum und Demokraten die Regierungsgeschäfte führen. Dabei wird nur übersehen, daß die Lage in Preußen eine gänzlich andere ist als im Reich. Die Mehrheitssozialdemokratie im Reich hat sich von vornherein abteilt gestellt und geweiht, an der Regierungsbildung teilzunehmen. Dagegen verlangt die Mehrheitssozialdemokratie in Preußen energig die weitere Beteiligung an der Regierung und behält sich ihre Taktik vor, falls man sie ausschließt. Das heißt mit anderen Worten, daß sie für den Fall ihrer Nichtbeteiligung an der Regierung in Preußen scharfe Opposition gegen die Minderheitsregierung ankündigt. Daß sie die Unabhängigen Sozialdemokraten und sogar die Kommunisten dabei meist in ihrer Gefolgschaft leben würde, kann nicht zweifelhaft sein. Eine Minderheitsregierung gegen diese scharfe Opposition wird noch unmöglich, wenn man die starke Gegenkraft der Deutschnationalen Volkspartei auf der Rechten in die Rechnung einstellt. Eine solche von zwei Seiten zugleich stark bedrückte Regierung könnte keine positiven Taten tun und wäre voraussichtlich auch nur von kurzer Lebensdauer.

Der Ausweg, der von einigen Seiten vorgeschlagen worden ist, eine Minderheitsregierung aus Zentrum und Demokraten allein zu bilden, kann ernsthaft kaum in Frage kommen. Eine solche schwache Minderheitsregierung wäre jedem tatkraftigen Schachzug der dann um die Deutsche Volkspartei verstärkten Opposition der Rechten ebenso wie der Linken preisgegeben. Sie müßte ständig laizierten und könnte sich in wichtigen Aufgaben des Wiederaufbaus in Preußen kaum widmen.

Unter diesen Umständen bleibt nur die Hoffnung, daß es doch noch gelingt, die Widerstände gegen die Bildung einer Koalition von Volkspartei, Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie aufzuheben zu bringen. Die Verhältnisse fordern die Bildung so zwingend, daß man jene Hoffnung noch nicht aufzugeben braucht. Die demokratische Landtagsfraktion hat sich ebenfalls erneut für eine solche Koalitionsbildung ausgesprochen und kann sich weder mit der Möglichkeit der Bildung einer Minderheitsregierung ohne Sozialdemokratie, noch der Neubildung der alten Koalition beizutreten. Freilich wird noch einige Zeit vergehen, bis die größere Koalition zustande kommt. Daß die erneute Vergebung der Regierungsbildung dem Parlamentarismus neue Freunde gewinne, wird gewiß niemand behaupten wollen.

## Ein Ultimatum der Deutschnationalen an die Volkspartei.

Die noch immer nicht gelöste Frage der Regierungsbildung in Preußen hat die Deutschnationalen, obwohl niemand daran denkt, sie zur Regierungsbildung heranzuziehen, offenbar sehr nervös gemacht. Die offizielle Parteiforstellung der Deutschnationalen lautet daher die Deutsche Volkspartei auf, die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Preußen zu bestätigen. Sie habe es in der Hand, auf die Regierungsbildung in Preußen entscheidend einzuwirken. Auf die Beziehungen der Deutschnationalen Volkspartei zu den anderen Parteien werde deren Haltung in dieser Frage noch maß-

gebender Bedeutung sein. Der Wint ist deutlich, die Deutsche Volkspartei weiß nicht, was sie von der Bruderpartei zu erwarten hat, wenn sie nicht so handelt, wie ihr hier vorgeschrieben wird.

## Reichsminister Koch über das Verhältnis Preußens zum Reich.

In der Morgenausgabe vom 6. April der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht Reichsminister Koch einen ausführlichen Aufsatz über das Verhältnis Preußens zum Reich. Er führt aus, daß die Schwierigkeiten, die sich aus dem Nebeneinander der Reichsverwaltung und der Preussischen Verwaltung bereits im alten Reich ergeben haben auf Grund der neuen Reichsverfassung, in der jede organische Verbindung zwischen der Reichsregierung und der Preussischen Regierung fehlt, noch größer geworden sind. Der sich daraus häufig ergebende Mangel an Einheitlichkeit birgt große Gefahren in sich, weil, da die jetzt noch größer seien wie früher, da alle Fragen der Politik heute nach den Bedürfnissen der äußeren Politik zu beurteilen sind und der Minister des Reiches genötigt werden könne, in Folge preussischer Bedenken außenpolitische Notwendigkeiten durchzugehen. Die Schwierigkeiten würden dadurch nicht gehoben, daß die Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen gleichartig zusammengesetzt würden, die Erfahrung habe bewiesen, daß auch die Gleichheit der Regierungsparteien kein Minderungsgrund für Meinungsverschiedenheiten sei. Von derselben Wichtigkeit wie die Schwierigkeiten, die sich aus dem Nebeneinander des Reichs und Preußens für die verantwortliche Leitung des Reiches ergeben, seien die Schwierigkeiten, die aus der preussischen Organisation nach dem Bestreben des Reichs auf Zentralisation entgegenstehen. Koch sieht aber eine mögliche Abhilfe nur darin, wenn wir in jener Zeit zum demokratischen Einheitsstaate gelangen. Dieser Einheitsstaat müßte durch eine weitgehende Zentralisation Preußens vorbereitet werden, dazu seien Maßnahmen, die weitergehen als bisher, möglich und nötig. Für die Zwischenzeit bis zur Erreichung des Einheitsstaates sei eine enger Führung zwischen der preussischen und der Reichsregierung unumgänglich, eine Führungsnahme, die im alten Reich durch Personalunionen geschaffen worden sei. Eine solche Personalunion müsse wieder geschaffen werden. Das erfolge am besten, wenn man das Amt des Reichsministers wiederum mit dem Amte des Ministerpräsidenten verbinden würde oder das Ministerium des Innern für das Reich und Preußen gemeinschaftlich wäre. Wenn auch dies nicht zu erreichen wäre, so müsse ein Ministerium ohne Portfolio geschaffen werden, das dem Reich und Preußen gemeinsam sei und daß die Verbindung zwischen Reich und Preußen aufrecht erhalte.

## Ein neuer Ententeerprotest an Deutschland.

Der Reichsterritorien genehmigte den Entwurf zu einer Note an Deutschland betreffend eine ausgesprochene Vereinbarung der Einheitsstaate gelangen. Dieser Einheitsstaat müßte durch eine weitgehende Zentralisation Preußens vorbereitet werden, dazu seien Maßnahmen, die weitergehen als bisher, möglich und nötig. Für die Zwischenzeit bis zur Erreichung des Einheitsstaates sei eine enger Führung zwischen der preussischen und der Reichsregierung unumgänglich, eine Führungsnahme, die im alten Reich durch Personalunionen geschaffen worden sei. Eine solche Personalunion müsse wieder geschaffen werden. Das erfolge am besten, wenn man das Amt des Reichsministers wiederum mit dem Amte des Ministerpräsidenten verbinden würde oder das Ministerium des Innern für das Reich und Preußen gemeinschaftlich wäre. Wenn auch dies nicht zu erreichen wäre, so müsse ein Ministerium ohne Portfolio geschaffen werden, das dem Reich und Preußen gemeinsam sei und daß die Verbindung zwischen Reich und Preußen aufrecht erhalte.

## Amerika und die Mandatsfrage.

Die an die Hauptmächte der Alliierten gerichtete Protestnote in Sachen der Mandatsfrage erzbittet Einspruch gegen die Zuteilung gewisser Territorien an die Ententemächte durch den Völkerbund. Die Note wendet sich besonders an England und Japan und erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht in eine Aufteilung des ehemals deutschen Besitztums in der Südsee zwischen Japan und England einwilligen werde.

## Die 50prozentige Ausfuhrabgabe.

Das „Journal des Debats“ sagt weiter über die fünfprozentige Abgabe von eingeführten deutschen Waren: Die Abgabe soll sich auf erziehen auf Rohprodukte, die in anderen Ländern verarbeitet worden sind, wenn die deutschen Bestandteile 50 Prozent vom Werte des Endproduktes darstellen. Man meint, daß der deutsche Exporteur bei Verhinderungen gegen die Bestimmungen ebenso wie der französische Importeur zur Verantwortung kommen und gemeinsam mit diesem haften soll. Ausgeschlossen sind Handelswaren und alle Waren nach Maßgabe des bis zum 8. März 1921 bezahlten Teilbetrags ihres Wertes. Die Waren sollen unter Zollverschluss lagern und zwar soll der volle Betrag der Abgabe entrichtet werden. Die Rückzahlung soll nach erfolgter Wiederausfuhr geschehen. So will man verhindern, daß der französische Importeur Warenlager unter Zollverschluss hält, um das Gesetz zu umgehen.

## Vor dem Abschluß des deutsch-russischen Konjunkturvertrages.

Berlin, 6. April. (Eigenes Drahttelegramm.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, steht der schließliche Abschluß des deutsch-russischen Konjunkturvertrages, über dessen

Vorbereitung vor einiger Zeit bereits in der Presse berichtet wurde, unmittelbar bevor. Der Vertrag liegt jetzt der Sowjetregierung zur Bestätigung vor. Die Verhandlungen in Deutschland dürfte er schon demnächst auf seiner Schwierigkeiten stehen, weil auf die Unruhe deutscher Eigentümer in Rußland in dem Vertrage keineswegs verzichtet wird, vielmehr erhalten die deutschen Eigentümer, die ihre russischen Unternehmungen verlassen mußten, nunmehr Gelegenheit, unter dem sicheren Schutze des Konjunkturvertrages die Rechte nach Rußland anzuknüpfen und selbst an Ort und Stelle die wirtschaftlichen Beziehungen anzuknüpfen. Wie die „Dona“ erzählt, haben bereits mehrere große Industrieunternehmen, darunter der Siemens- und der Thyssen-Konzern, sich bedeutende Anteile an der Konjunktur durch Verkauf gesichert. Der Vertrag sieht für die Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen auf eine Vergrößerung der deutschen konsularischen Vertretung in Moskau vor. Da er sich im allgemeinen im Rahmen der üblichen Konjunkturvereinbarungen hält, wird er mit Ausnahme der in ihm enthaltenen Anknüpfbestimmungen der Genehmigung des Parlaments nicht bedürfen.

## Oberschlesien.

Die von der interalliierten Kommission für die Abstimmungsperiode erlassenen einstimmigen Bestimmungen für die Einreise nach Oberschlesien sind noch immer nicht aufgehoben worden, trotzdem mehrere Wochen seit dem Abstimmungsstermin vergangen sind und der Rücktransport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reichsbesitz in die Abstimmungsbereiche des über dem Deutschen Reich zum Schicksal der Bevölkerung und unter Preisgabe schwerwiegender wirtschaftlicher Interessen aufrecht erhalten. Jeder, der nach Oberschlesien zu reisen wünscht, muß auch jetzt noch ein Gelübde an die interalliierte Kommission in Opatowitz leisten. Erst nach Erteilung der Einreisegenehmigung, die erziehungsgemäß auch bei telegraphischen Gelübden erst nach mehreren Tagen erfolgt, kann der Sichtvermerk bei der für den Antragsteller zuständigen französischen Preisbehörde eingeholt werden.

Im französischen Senat erklärte gestern Ministerpräsident Briand hinsichtlich Valentin, daß die Lösung eines Abkommens zwischen den Abkommen bilde. Von den ursprünglichen Abkommen sei man abgesehen, und es wären Änderungen an den Verträgen durch Konventionen vorgenommen worden. Was abgemacht sei, müsse respektiert werden. Frankreich habe in Mandat über Syrien und England das Mandat über Mesopotamien und Palästina. Die Angelegenheit Oberschlesiens sei durch den Vertrag in so klarer Weise geregelt, daß er nicht zugehen könne, daß Zweideutigkeiten vorhanden seien. Die interalliierte Kommission habe nicht nur ein Gesamtresultat festzustellen, sie müsse die Stimmen Komüne für Komüne in Betracht ziehen. Die Arbeit sei sehr schwer und noch langer Dauer, aber sie werde nun in zwei oder drei Tagen beendet sein. Wir verlangen die Ausführung des Vertrages, nicht mehr. Es kann keine Diskussion über den Geist und den Wortlaut des Vertrages geben. Wenn Deutschland die Reparationsfrage mit der von Oberschlesien verbinden will, so kann das vielleicht sein Ziel sein. Wir werden uns nicht dazu hergeben. Wir wollen die Frage raschestens lösen. Der Ministerpräsident polemisierte lobend in außerordentlich klarer Weise gegen das deutsche Memorandum an Amerika, das er als eine Verhöhnung der unglücklichen Bevölkerung der vertriebenen Gebiete bezeichnete.

## Die Revolutionsgefahr in England.

Gestern nachmittag schien es so, als ob unter dem Einfluß der englischen Regierung eine Entpannung der Lage eintreten wollte. Von den Arbeitgeberorganisationen und den Arbeitgebern war die Einladung zu einer gemeinsamen Konferenz angenommen worden unter bestimmten, von Lloyd George formulierten Vorbedingungen. Gestern abend erklärte Lloyd George im Unterhause, der ausführende Bergmanns-ausschluß habe jetzt abgelehnt, die Umstellung zur Pumpenarbeit während der Verhandlungen zu geben. Das war eine der erwähnten Bedingungen. Lloyd George erklärte, Bedingungen seien unmöglich, bevor nicht dies Hindernis überwunden sei, und ermahnte die Führer, ihre Entscheidung zu überlegen. Das Unterhause nahm dann im Notstandverordnungen in Verbindung mit dem Bergarbeiterausland mit 270 gegen 60 Stimmen an. Auch das Oberhause nahm sie an.

Einiges richtete im Unterhause an die Regierung den Appell, wieder als Vermittler aufzutreten. Thomas erklärte, die Arbeiter seien einmütig der Ansicht, dies sei der erste Versuch, ihren Lebensstandard herabzubringen. Die Eisenbahnen seien der Ansicht, wenn die Bergarbeiter unterliegen würden, so seien die Eisenbahnen die nächste Verteidigungslinie. Die Zahlen seien überwiegend zugunsten eines Weitergreifens des Streiks. Die Bergarbeiter würden von der organisierten Arbeiterschaft unterstützt werden. Die Bergarbeiter würden könnten die Hungertage nicht annehmen, und die Eisenbahnen würden sie dabei unterstützen. Thomas schloß mit der Hoffnung, daß beide Parteien noch zusammengebracht werden könnten. Das Arbeitermitglied Fortshorn erklärte, das gesamte Abkommen sei ein Scheitern der unabhängigen Beziehungen der britischen Arbeiter für die Zukunft. Auch im D. H. C. habe es eine Reihe von Rufen nach drücklicher Hand, und sagte, sie könne noch ernster werden. Die anderen Mitglieder des Arbeiterdreibundes müßten noch

